



## Ein Preis fürs Klima

**Klimaschutz.** Kohlendioxid ist ein Haupttreiber des Klimawandels. In Europa müssen Unternehmen seit 13 Jahren Emissionsrechte für ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß kaufen. Warum dieses Instrument der Schlüssel für eine erfolgreiche globale Klimapolitik sein könnte, kommentiert IW-Energieexperte Thilo Schaefer.

—> [Seiten 2-4](#)

### Hessen

Umfragen zufolge wird die amtierende schwarz-grüne Regierung nach der Landtagswahl am 28. Oktober nicht weitermachen können – trotz ihrer ökonomischen Bilanz.

—> [Seite 5](#)

### Studentenbuden

Weil es immer mehr Studenten gibt, aber entsprechende Wohnungen fehlen, muss der akademische Nachwuchs für eine Unterkunft immer tiefer in die Tasche greifen.

—> [Seite 10](#)

# Zauberformel Zertifikat

**Klimapolitik.** Um den Anstieg der Erderwärmung zu bremsen, setzen mehr und mehr Staaten auf den Emissionshandel. In Europa gibt es das Instrument seit 13 Jahren, sogar China testet seit Kurzem ein Emissionshandelssystem im Energiesektor. Perspektivisch müssten jedoch alle Lebensbereiche einbezogen werden, um den Klimawandel zu stoppen.

Das Prinzip von Angebot und Nachfrage funktioniert auch beim Klimaschutz: Kaum hatten sich im November 2017 die Vertreter des Europäischen Parlaments sowie der Mitgliedstaaten nach mehr als zwei Jahren Verhandlung auf eine Reform des europäischen Emissionshandelsystems ETS verständigt, kam Bewegung in den Markt für Emissionszertifikate.

Allein die Ankündigung, dass ungenutzte Papiere ab 2019 in eine Reserve überführt oder gar gelöscht werden sollen und ab 2021 strengere CO<sub>2</sub>-Obergrenzen für die Emittenten gelten, sorgte für einen gehörigen

Preisschub an der Leipziger Energiebörse EEX (Grafik):

**In den vergangenen Monaten ist der Preis für ein CO<sub>2</sub>-Zertifikat auf rund 20 Euro geklettert – nachdem er sich zuvor fünf Jahre lang zwischen 4 und 8 Euro bewegt hatte.**

Das europäische Emissionshandelsystem existiert seit 2005. Seitdem müssen Fabriken und Kraftwerke in Europa für jede Tonne klimaschädliche Gase, die sie ausstoßen, ein Emissionszertifikat einlösen. Limitiert wird nur die Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen, wer wo wie viel ausstößt

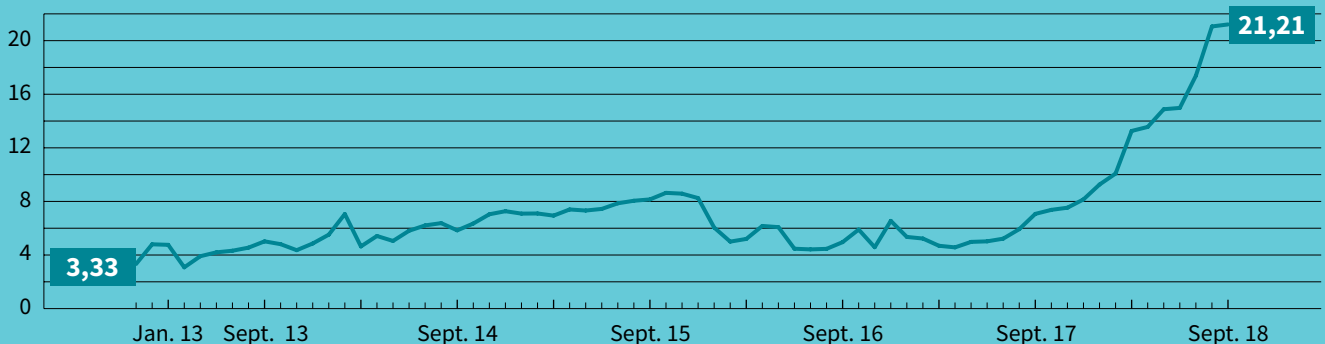
beziehungsweise reduziert, ist Sache der Unternehmen. Diese Flexibilität soll es den Kohlendioxidverursachern ermöglichen, die kostengünstigste Reduktionsmöglichkeit auszumachen und umzusetzen.

Klimapolitisch ist der Preisanstieg für Emissionszertifikate begrüßenswert, denn wenn es teurer wird, CO<sub>2</sub> zu emittieren, steigt die Bereitschaft, in den Klimaschutz zu investieren, und es lohnt sich eher, klimafreundlichere Energien zu nutzen (siehe Kommentar Seite 4).

Allerdings hat das europäische Emissionshandelssystem noch große Lücken:

## CO<sub>2</sub>-Zertifikate: Der Preis steigt

So viel Euro kostete ein Emissionszertifikat der EU, das Industriebetriebe und Kraftwerke zum Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid berechtigt

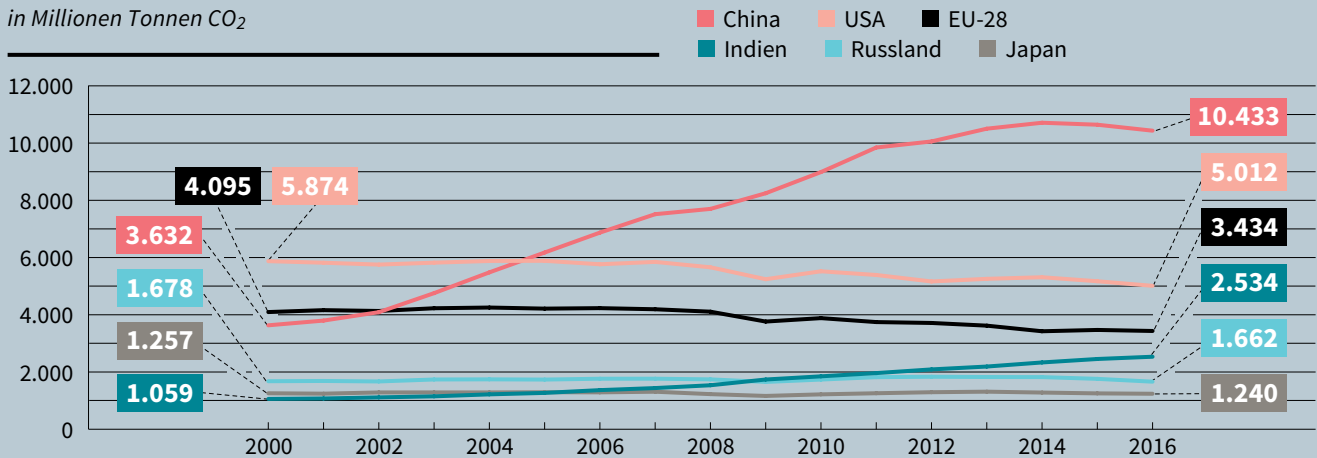


Monatsdurchschnitte

Quelle: Bloomberg  
© 2018 IW Medien / iwd

## Die sechs größten Treibhausgas-Emittenten

in Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>



Quelle: EU-Kommission  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

**Erstens** gilt das Emissionshandelssystem der EU nur für einige Branchen – der Autoverkehr, die Landwirtschaft und alle gebäudebedingten Emissionen wie das Heizen sind davon ausgenommen. So wird nur ein Teil der ausgestoßenen Klimagase vom Zertifikatehandel erfasst:

**In der EU sind nur etwa 45 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch den Emissionshandel abgedeckt.**

Laut EU-Beschluss müssen zwar auch die anderen Sektoren ihre Klimagase reduzieren, doch wie schwierig es ist, hier strengere Vorgaben zu vereinbaren, zeigt die aktuelle Debatte über CO<sub>2</sub>-Normen für neue Pkw und Lastwagen. Die EU-Kommission hat sich dafür ausgesprochen, den Kohlendioxidausstoß von 2021 bis 2030 um 30 Prozent zu reduzieren, die Parlamentarier plädieren sogar für 40 Prozent. Die Hersteller, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Neuwagenflotte bis 2021 durchschnittlich auf 95 Gramm je Kilometer begrenzen müssen, halten jedoch bereits das 30-Prozent-Ziel für außerordentlich ehrgeizig. Und auch das Bundeswirtschaftsministerium warnt vor zu strengen Vorgaben für Auto-Emissionen.

Hinzu kommt, dass die EU-Vorgaben für Sektoren, die nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen, von einigen Ländern nicht eingehalten werden – darunter Deutschland. Die Bundesrepublik müsste laut EU-Klimaziel bis 2020 in diesen Bereichen 14 Prozent Emissionen einsparen, bis 2038 sogar 38 Prozent. Tatsächlich hat Deutschland seine Emissionen im Verkehr, im Gebäudesektor und in der Landwirtschaft bislang nicht genug gesenkt, um dieses Ziel noch rechtzeitig zu erreichen. Das kann jährliche Kosten in Milliardenhöhe nach sich ziehen, da Staaten, die mehr emittieren als erlaubt, Strafen zahlen oder anderen Staaten, die weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen, Emissionsrechte abkaufen müssen.

**Zweitens** ist das europäische Emissionshandelssystem regional beschränkt. Außer den Mitgliedstaaten nehmen daran nur noch Norwegen, Island und Liechtenstein teil. Doch der Klimaschutz ist ein globales Unterfangen. Zwar haben auch andere Länder wie die Schweiz ein eigenes Emissionshandelssystem; und selbst China, das mehr als zehn Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr emittiert (Grafik), hat in seinem Energiesektor eine Pilotphase für

den Emissionshandel gestartet, der ab 2020 auf andere Sektoren ausgeweitet werden soll.

Doch solange nicht alle Länder die Klimaverschmutzung bepreisen, haben einzelne Unternehmen immer einen Anreiz, ihre Produktion und damit auch ihre Emissionen dorthin zu verlagern, wo der Ausstoß von CO<sub>2</sub> nichts oder weniger kostet – ein Risiko, das als Carbon Leakage bezeichnet wird.

In Europa wird diese Abwanderungsgefahr gemindert, indem einzelnen Unternehmenssektoren zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ein festgelegtes Kontingent kostenloser Emissionszertifikate zugeteilt wird. Zu diesen Wirtschaftszweigen zählen zwischen 2015 und 2019 unter anderem der Steinkohlenbergbau, Kokereien und Gießereien, Erdgas und Erdöl gewinnende Unternehmen sowie diverse Maschinenhersteller.

Wenn der Klimaschutz gelingen soll, müssen perspektivisch alle Sektoren in den Emissionshandel einbezogen werden. Im besten Fall gibt es irgendwann ein einheitliches CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikat für jede Tonne Kohlendioxid – egal wo auf der Welt sie ausgestoßen wird.

**Kommentar.** *Es tut sich was beim CO<sub>2</sub>-Preis: Innerhalb der vergangenen zwölf Monate hat sich der Preis für Emissionszertifikate fast verdreifacht. Wie es dazu kam und warum das gut fürs Klima ist, erläutert **Thilo Schaefer**, Leiter des Kompetenzfelds Umwelt, Energie und Infrastruktur im Institut der deutschen Wirtschaft.*



Foto: IW Medien

# Der Emissionshandel funktioniert

Siehe da, das Instrument Emissionshandel funktioniert doch. Denn der Marktmechanismus des Handels mit Zertifikaten ergibt aufgrund des Angebots und der Nachfrage einen Preis. Wird die angebotene Menge knapper, steigt der Preis. Schon die Ankündigung der EU, dass einige Papiere in fünf Jahren gelöscht werden, hat die Erwartungen der Nachfrager verändert und dafür gesorgt, dass mehr Zertifikate gekauft wurden.

Lange Zeit wurde das Funktionieren des Emissionshandels infrage gestellt, denn der Preis für ein Papier dümpelte in den vergangenen Jahren bei gerade einmal 5 Euro. Und weil der Kauf von Emissionsrechten so günstig war, gab es nur geringe Anreize, in CO<sub>2</sub>-arme Produktionstechnologien zu investieren.

Stattdessen haben einzelne EU-Mitgliedstaaten durch teure nationale Maßnahmen versucht, den Klimaschutz zu verbessern. Bei den Stromerzeugern und den Industrieunternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, konnte das jedoch nicht zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen führen: Denn die Zertifikate, die beispielsweise wegen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nicht gebraucht wurden, konnten von anderen Sektoren oder Ländern genutzt oder für einen späteren Zeitpunkt aufbewahrt werden.

Wenn die Diagnose lautet, dass zu viele Emissionszertifikate im Markt sind, ist die beste Therapie, die Menge zu reduzieren. Das ist besser und vor allem kostengünstiger als mit anderen Instrumenten vermeintliche Sympto-

me zu bekämpfen. Schließlich hat beispielsweise Deutschland trotz aufwendiger und kostenintensiver Maßnahmen seine Klimaschutzziele bislang nicht erreicht.

Ein einzelnes Land kann das globale Problem des Klimawandels ohnehin nicht lösen, auch wenn es noch so ambitionierte Ziele verfolgt. Aber es kann einen Beitrag zu einer internationalen, immerhin europäischen Lösung leisten. Es kann seine Energie und auch Geld dafür einsetzen, auch jene Länder ins Boot zu holen, in denen Klimapolitik nicht so weit oben auf der politischen Agenda steht oder denen schlicht das Geld dafür fehlt. Deshalb ist es richtig, gemeinsame Lösungen in Europa zu suchen. Auch, wenn dies nur in schwierigen Verhandlungen möglich ist und häufig im Paket mit Zusagen für Übergangsregelungen oder Schonfristen in einigen Ländern einhergeht.

Der Klimawandel lässt sich weltweit nur bekämpfen, wenn die selbst ernannten Vorreiter zeigen, dass sie treffsichere und kosteneffiziente Instrumente entwickeln, die nicht nur in den wohlhabendsten Ländern funktionieren, sondern überall Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß ermöglichen. Der Emissionshandel ist ein solches Instrument. Europa ist gut beraten, zu zeigen, dass sich mit einem klug eingestellten Emissionshandel Klimaziele erreichen lassen. Das erhöht die Chancen, dass andere große Emittenten wie China diesen Weg ebenfalls weitergehen.

# Erfolg durch Internationalität

**Wahl.** Am 28. Oktober bestimmen mehr als 4,4 Millionen Wahlberechtigte die Zusammensetzung des 20. Hessischen Landtags. Die wirtschaftspolitische Bilanz der amtierenden schwarz-grünen Koalition ist beeindruckend – doch im Wahlkampf dreht sich fast alles um ein anderes Thema.

In normalen Zeiten werden Regierungen daran gemessen, was sie erreicht haben – meist geht es also irgendwie ums Geld, sprich um die Wirtschaft, die Bildung, das Sozialsystem und Ähnliches. Wäre das auch bei der Landtagswahl in Hessen so, könnte die amtierende Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) mit einigen Pfunden wuchern (Grafik):

**Hessen hatte 2017 mit rund 44.800 Euro das fünfthöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aller 16 Bundesländer – und mit 5 Prozent die viertniedrigste Arbeitslosenquote.**

Seit acht Jahren steigt die Zahl der Erwerbstätigen ununterbrochen, die Auslandsinvestitionen eilen von einem Rekord zum anderen: Im Jahr 2016 haben sich 163 internationale Unternehmen in Hessen neu angesiedelt oder bestehende Investitionen erweitert, mehr als je zuvor in einem Jahr, meldet die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Trade & Invest. Dazu zählt der Konzern LG Electronics aus Südkorea.

Dass Hessen – auch dank des Frankfurter Flughafens – eine internationale Drehscheibe ist, zeigen auch die Herkunftsländer der Investoren: Auf Platz eins steht China, gefolgt von den USA, Großbritannien, Japan und Indien. So hat Indiens größter Industrieverband, die Confederation of Indian Industry, vor zwei Jahren ihr Deutschlandbüro in Frankfurt eröffnet.

Neben der gut ausgebauten Infrastruktur und der zentralen Lage in Europa macht Trade & Invest vor allem die „gelebte Internationalität Hessens“ dafür verantwortlich:

**Rund 1 Million der 6,2 Millionen Einwohner kommen aus 190 verschiedenen Staaten, zudem hat Hessen einen hohen Anteil an internationalen Studenten und Wissenschaftlern.**

Doch weil die Zeiten alles andere als normal sind, geht es im hessischen Wahlkampf um all das nur noch am Rande. Stattdessen heißt das große Thema: AfD. Die Alternative für Deutschland steht schon

deshalb im Mittelpunkt, weil Hessen – neben Bayern, wo die Partei bei der Landtagswahl 2013 nicht angetreten ist – das einzige Bundesland ist, in dem sie noch nicht im Parlament sitzt. Bei der Landtagswahl 2013 erreichte sie nur 4,1 Prozent.

Derzeit aber kommt die AfD – je nach Umfrage – auf 10 bis 15 Prozent und würde somit in den Wiesbadener Landtag einziehen. Dass Schwarz-Grün weitermachen kann, ist nach den aktuellen Zahlen unwahrscheinlich. Die bunten Alternativen lauten: eine schwarz-rote Koalition von CDU und SPD oder ein Jamaika-Bündnis, also Schwarz-Grün-Gelb.

## Hessen in Zahlen

	Hessen	Deutschland
<b>WAHL 2018</b>		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Euro	<b>44.804</b>	<b>39.477</b>
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2017 gegenüber 2010 in Prozent	<b>9,8</b>	<b>13,1</b>
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2017 gegenüber 2010 in Prozent	<b>15,8</b>	<b>14,8</b>
Arbeitslosenquote 2017 in Prozent	<b>5,0</b>	<b>5,7</b>
Breitbandversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Jahresmitte 2018 in Prozent	<b>85,5</b>	<b>82,9</b>

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, TÜV Rheinland, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

# Kinder, Küche und Karriere

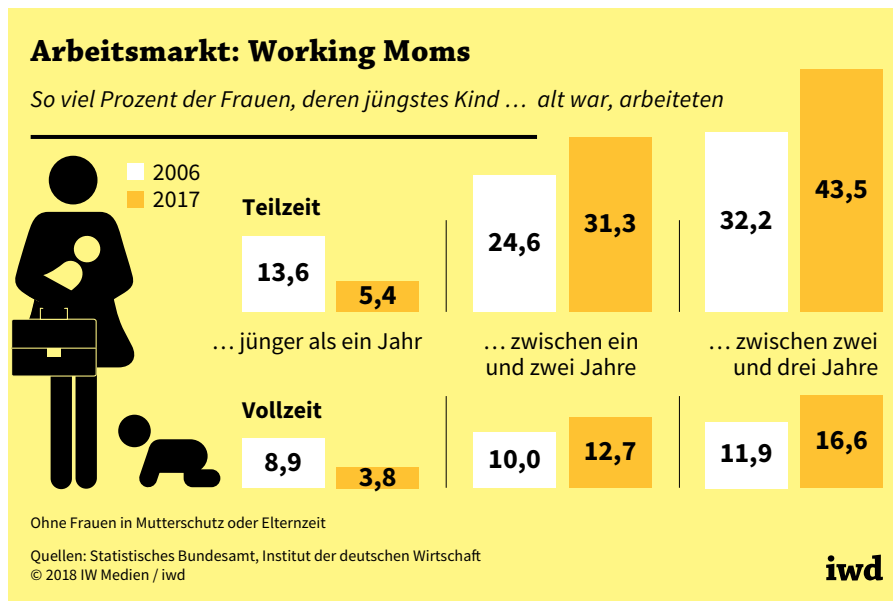
**Elterngeld.** Die Einführung des Elterngelds und der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur haben dazu geführt, dass Frauen mit kleinen Kindern heute häufiger arbeiten als früher. Im ersten Lebensjahr ihres Nachwuchses bleiben jedoch mehr Mütter zu Hause als noch vor zehn Jahren.

Mütter mit kleinen Kindern arbeiten heute deutlich häufiger als vor der Einführung des Elterngelds im Jahr 2007. Das Elterngeld ist eine familienpolitische Leistung, die einen finanziellen Schonraum für Familien im ersten Lebensjahr des Kindes schafft, da das entfallende Einkommen des betreuenden Elternteils kompensiert wird. Weil Familien damit im ersten Lebensjahr des Nachwuchses mehr Geld zur Verfügung steht als früher, ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern in den ersten zwölf Monaten nach der Geburt des Kindes gesunken – von rund 22 Prozent im Jahr 2006 auf gut 9 Prozent 2017. Anders sieht es aus, wenn das Kind älter wird (Grafik):

**Im Jahr 2017 waren 44 Prozent der Mütter, die Kinder im Alter von zwölf bis 24 Monaten hatten, erwerbstätig – das waren 10 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2006.**

Im dritten Lebensjahr des Kindes gehen dann sogar noch mehr Mütter einer Arbeit nach: Waren es 2006 erst 44 Prozent, sind es mittlerweile rund 60 Prozent. Hinzu kommt, dass auch mehr Mütter als früher bereits wenige Jahre nach einer Geburt wieder in Vollzeit arbeiten.

Obwohl Mütter und Väter die Bezugsdauer des Elterngelds untereinander beliebig aufteilen können, nutzen in der Regel die Frauen die maximale Bezugsdauer von zwölf Monaten. Väter nehmen meist nur die zwei zusätzlichen Partnermonate in Anspruch – und auch das tun



längst nicht alle. Von den Vätern, deren Kinder im zweiten Quartal 2018 geboren wurden, haben sich knapp 36 Prozent dafür entschieden. Dabei beziehen Väter im Schnitt viel höhere Leistungen als Mütter:

**Im ersten Quartal 2018 betrug der durchschnittliche monatliche Elterngeldanspruch (ohne ElterngeldPlus) für Väter 1.181 Euro – Mütter kamen dagegen nur auf 798 Euro.**

In dieser Differenz spiegeln sich auch die unterschiedlichen Einkommensniveaus von Frauen und Männern wider. Denn die Höhe des Elterngelds richtet sich nach dem Erwerbseinkommen der letzten zwölf Monate vor der Geburt. Dass Männer oft mehr verdienen als ihre Partnerinnen, hängt in erster Linie mit dem unterschiedlichen Berufswahlverhalten von Männern und

Frauen zusammen. Außerdem sind Männer in der Regel älter und oft auch höher qualifiziert als ihre Partnerinnen, was sich ebenfalls in einem höheren Elterngeld niederschlägt. Drittens sind viele Mütter vor der Geburt zweiter und weiterer Kinder nicht voll erwerbstätig, was für diese Frauen wiederum ein niedrigeres Elterngeld zur Folge hat.

Um Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, wurde das Betreuungsangebot für unter Dreijährige ausgebaut. Außerdem haben Eltern seit August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, sobald der Nachwuchs ein Jahr alt ist.

**IW-Kurzbericht**

Wido Geis-Thöne: Elterngeld: Ein Gewinn für die Gleichstellung der Geschlechter  
[iwkoeln.de/elterngeld](http://iwkoeln.de/elterngeld)



# E-Government sucht Kunden

**Digitalisierung.** Wenn die Verwaltung den Anschluss an die Lebensrealität von Wirtschaft und Gesellschaft nicht verlieren will, muss sie auf E-Government setzen. Eine neue Studie zeigt, dass Deutschland zwar gute Voraussetzungen für die digitale Verwaltung hat – doch die Angebote werden kaum angenommen.

Eigentlich steht die Bundesrepublik in Sachen digitale Verwaltung recht gut da: Im E-Government Development Index der Vereinten Nationen belegte Deutschland 2016 international den 15. Platz – mit Tendenz nach oben. Fast alle Kommunen haben inzwischen einen eigenen Internetauftritt, die Bürger können zum Beispiel online Termine vereinbaren, Formulare herunterladen oder ihre Steuererklärung abgeben – und das sieben Tage die Woche und rund um die Uhr. Aber: Die Bundesbürger nutzen diesen Service eher selten:

**Nur vier von zehn Internetnutzern haben 2017 die Online-Angebote der Verwaltung genutzt.**

Und von denen, die das E-Government in Anspruch nehmen, tun es



**80** Mehr als 80 Prozent der lokalen Behörden in Deutschland bieten inzwischen Online-Dienstleistungen – dennoch haben 2017 nur vier von zehn Internetnutzern diese Angebote genutzt

die meisten nur oberflächlich: Die Bundesbürger informieren sich zwar online über Zuständigkeiten, Öffnungszeiten oder kommunale Freizeitangebote – doch komplexere Angebote wie die Beantragung von Ausbildungsförderung oder Eltern-

geld lassen die allermeisten links liegen. Ein wesentlicher Grund für die Zurückhaltung sind Bedenken in



**54** Nur noch 54 Prozent der Bundesbürger, die 2017 E-Government-Dienste in Anspruch genommen haben, waren mit dem Angebot zufrieden – im Jahr 2012 waren es 57 Prozent

Sachen Datensicherheit und Datenschutz. Jeweils über die Hälfte der Bundesbürger hat Angst vor Datendiebstahl und befürchtet den „gläsernen Bürger“.

Um das E-Government zu optimieren, empfiehlt die gemeinsame Studie von Avenir Suisse, dem Institut der deutschen Wirtschaft und der österreichischen Industriellenvereinigung folgende Maßnahmen:

**Optimierung des Angebots.** Die E-Government-Angebote müssen von den Anwendern her gedacht werden, denn nur wenn die Bürger einen Mehrwert haben – zum Beispiel Zeitersparnis und niedrigere Gebühren – werden sie diese Angebote auch nutzen.

**Datenschutz.** Offenbar ist es bislang nicht gelungen, den Bundesbürgern zu vermitteln, dass ihre Daten sicher erhoben und verarbeitet werden – das muss aktiv kommuniziert werden.

**Zentrales Bürgerportal.** Für die Nutzerfreundlichkeit optimal wäre ein zentrales Bürgerportal oder ein Portalverbund, in dem alle regionalen und landesweiten E-Government-Dienste gebündelt sind.

**Kommunikation.** Drei Viertel der Bundesbürger wollen laut einer Befragung der Initiative D21 benachrichtigt werden, wenn es einen



**50** Fast 50 Prozent der Bundesbürger besitzen einen elektronischen Personalausweis – aber nur 30 Prozent davon haben sich den elektronischen Identifikationsnachweis (eID) freischalten lassen

Quellen: Initiative D21, EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft

neuen Online-Behördendienst gibt. Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass eine bessere Kommunikation und Information zu einer vermehrten Nutzung führen würde.

## Studie

Avenir Suisse, Institut der deutschen Wirtschaft, Industriellenvereinigung Österreich: Max Weber in der Digitalisierungsfalle? E-Government in Deutschland, Österreich und der Schweiz

[iwkoeln.de/digitalisierung](http://iwkoeln.de/digitalisierung)

# Der Weg ins Ausland lohnt sich

**Berufsausbildung.** Immer mehr Auszubildende verbringen einen Teil ihrer Lehrzeit im Ausland. Damit verbessern sie sowohl ihre Fremdsprachen- und Fachkenntnisse als auch ihre künftigen Karrierechancen. Betriebe, die ihren Azubis den Weg in die Ferne öffnen, erhoffen sich dadurch Vorteile im Wettbewerb um den knappen Fachkräftenachwuchs.

Seit Jahrhunderten gehen Handwerksgesellen auf Wanderschaft, die sogenannte Walz, um andere Regionen und Kulturen kennenzulernen und sich neue Fertigkeiten in ihrem Fach anzueignen. Doch schon während der Ausbildung nutzen – nicht nur im Handwerk – immer mehr junge Leute die Möglichkeit, mal über den Tellerrand zu schauen und eine Zeit im Ausland zu verbringen. Eine Studie des Umfragezentrums Bonn nennt Zahlen:

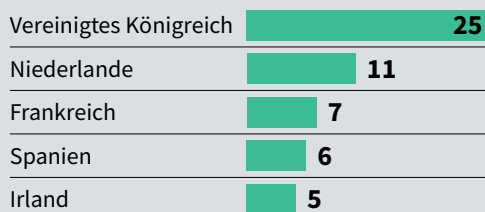
**Im Jahr 2017 haben fast 31.000 Auszubildende während ihrer Berufsausbildung einen Auslandsaufenthalt absolviert – das waren 5,3 Prozent aller Azubis.**

Eine ähnliche Studie der WSF Wirtschafts- und Sozialforschung ergab für 2009 nur einen Anteil von 3 Prozent.

Am häufigsten wagten im Jahr 2017 die Auszubildenden in den Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologie den Sprung ins Ausland – immerhin 11 Prozent. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil auch bei den Azubis im Bereich Unternehmensführung/-organisation (10 Prozent), in den Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufen (7,6 Prozent) sowie im Finanz- und Steuerwesen, in der Verkehrs- und Logistikbranche sowie in den Mechatronik-, Energie- und Elektroberufen mit jeweils rund 7 Prozent.

## Die beliebtesten Auslandsziele der Azubis

So viel Prozent der deutschen Auszubildenden, die im Jahr 2017 einen Auslandsaufenthalt absolvierten, wählten dieses Land



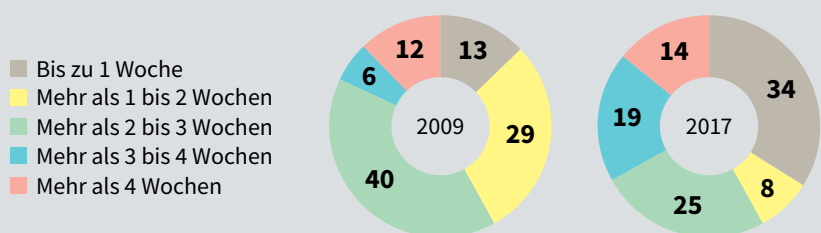
Quelle: Umfragezentrum Bonn © 2018 IW Medien / iwd



iwd

## Deutsche Azubis im Ausland: Mehr Kurztrips

Dauer von Auslandsaufenthalten während der Berufsausbildung in Prozent



Quellen: Umfragezentrum Bonn, WSF Wirtschafts- und Sozialforschung © 2018 IW Medien / iwd

iwd

Die allermeisten Azubis, die ins Ausland gehen – 92 Prozent –, entscheiden sich für ein Teilnehmerland des Programms „Erasmus+“, mit dem die Europäische Union die Mobilität zu Lernzwecken fördert. Und immerhin 48 Prozent aller Auslandsaufenthalte finden tatsächlich im Rahmen von „Erasmus+“ statt und werden darüber zumindest zum

Teil finanziert. Damit sparen die Auszubildenden nicht nur Geld, die Reise in die einbezogenen Länder – die EU-Staaten plus Island, Liechtenstein, Mazedonien, Norwegen und die Türkei – ist aufgrund der gewachsenen Erasmus-Strukturen sowie der langjährigen Projektpartner auch relativ einfach zu organisieren. Zudem gewährleisten die Erasmus-Pro-



gramme, dass bestimmte Qualitätsstandards eingehalten werden.

Sind finanzielle und organisatorische Fragen geklärt, wählen die Fachkräfte von morgen offenbar am liebsten ein Land, von dem sie hoffen, dass ein Aufenthalt dort ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessert. Jedenfalls zieht es rund die Hälfte der Azubis, die ins Ausland gehen, in eines jener Länder, in denen die gängigen Fremdsprachen Englisch oder Französisch dominieren (Grafik Seite 8 oben):

**Allein 25 Prozent der Auszubildenden aus Deutschland, die 2017 eine Zeit im Ausland verbracht haben, gingen ins Vereinigte Königreich.**

Bleibt die Frage, ob die Auslandsaufenthalte tatsächlich zur Verbesserung von Sprachkenntnissen beitragen und ob sie den Azubis darüber hinaus noch etwas bringen.

Auch dies hat das Umfragezentrum Bonn untersucht – mit eindeutigen Ergebnissen. Die Nachwuchskräfte selbst und noch mehr die ausbildenden Betriebe fällen ein grundlegend positives Urteil (Grafik):

**Ein Auslandsaufenthalt verbessert nicht nur die Fremdsprachenkenntnisse der Azubis, es stärkt in hohem Maße auch ihr Selbstvertrauen und ihre Fähigkeit, selbstständig zu arbeiten.**

Nicht ganz so deutlich, aber immer noch positiv wirkt sich die Zeit im Ausland auf das berufliche Know-how der jungen Leute aus – etwa auf die Fähigkeit, neue Aufgaben zu bewältigen. Und auch längerfristig kann sich ein Auslandsaufenthalt als vorteilhaft erweisen: Zumindest die Arbeitgeber sind in hohem Maße davon überzeugt, dass ihre Nachwuchskräfte aufgrund der Auslandserfahrung bei späteren Bewerbungen bessere Chancen haben.

Welche Wirkung ein Aufenthalt im Ausland am Ende hat, dürfte aller-

<b>Berufsausbildung: Reisen macht schlauer</b>		
<i>So bewerteten deutsche Auszubildende und ihre Arbeitgeber den Nutzen eines Auslandsaufenthalts im Jahr 2017 auf einer Skala von 1 (sehr positiver Effekt) bis 5 (kein Effekt)</i>		
Einfluss des Auslandsaufenthalts auf ...	Selbsteinschätzung der Azubis	Einschätzung der Betriebe
<b>... die persönlichen Kompetenzen der Azubis</b>		
Selbstbewusstsein	2,3	1,8
Selbstständiges Arbeiten	2,4	2,2
Toleranz gegenüber Ausländern	2,8	2,4
<b>... das Wissen der Azubis</b>		
Fremdsprachenkenntnisse	2,2	1,8
Berufliche Fachkenntnisse	2,6	2,4
Wirtschaft des Ziellands	2,7	2,5
<b>... die beruflichen Fertigkeiten der Azubis</b>		
Bewältigung neuer Aufgaben	2,5	2,3
Berücksichtigung von Handlungsalternativen	2,7	2,6
Aneignung neuer Arbeitstechniken	2,8	2,5
<b>... die beruflichen Chancen der Azubis</b>		
Lust, später im Ausland zu arbeiten	2,4	2,5
Chancen bei Bewerbungen	2,5	2,2
Aufstiegchancen/Karrierespektiven	2,8	2,7
Quellen: Umfragezentrum Bonn, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd		

iwd

dings erheblich von seiner Dauer abhängen. Insofern ist es bedenklich, dass der Anteil der sehr kurzen Auslandsphasen zuletzt deutlich gestiegen ist (Grafik Seite 8 unten):

**Im Jahr 2017 blieb jeder dritte Auszubildende, der einen Auslandsaufenthalt absolvierte, maximal eine Woche dort – 2009 betrug der Anteil erst 13 Prozent.**

Solche Kurztrips dürften weder die sprachlichen noch die fachlichen und persönlichen Kompetenzen nennenswert verbessern. Meist geht es bei diesen kurzen Aufenthalten um Messeteilnahmen, Montageeinsätze oder Kundenbesuche. Diese bereichern die Ausbildung im Heimatbetrieb zweifellos – überzogene Erwartungen sollte man an die „Abstecher“ aber nicht haben.

Auslandsaufenthalte im Rahmen von „Erasmus+“ dauern dagegen

mindestens drei Wochen, sonst wären die vorgesehenen Ziele wie der „Erwerb internationaler Berufskompetenzen“ gar nicht erreichbar.

Unterm Strich erweist es sich in jedem Fall als sinnvoll, die grenzüberschreitende Mobilität von Azubis weiter zu fördern – sei es durch öffentliche Programme oder durch betriebliche Aktivitäten.

Für die Unternehmen lohnt sich ein entsprechendes Engagement nicht nur deshalb, weil die Auszubildenden oft schlauer und motivierter aus dem Ausland zurückkehren. Die Betriebe, die die Mobilität ihrer Azubis bereits fördern, sind auch durchweg der Meinung, dass sie damit gegenüber anderen Firmen einen Vorteil bei der Nachwuchssuche haben – in Zeiten des harten Wettbewerbs um knappe Fachkräfte ein überzeugendes Argument.

# Studienplatz ja, Wohnung nein

**Wohnungsmarkt.** Immer mehr Abiturienten entscheiden sich für ein Studium. Allerdings fehlen in den meisten Universitätsstädten die passenden Wohnungen – das verschärft die Wohnungsnot und treibt die Mieten in die Höhe.

Eine klassische Studentenwohnung misst 30 Quadratmeter, liegt höchstens anderthalb Kilometer von der Universität entfernt und stammt aus dem Jahr 1995. Ihre Ausstattung ist normal, auf dem Fußboden liegt also eher Laminat als Eichenholzparkett – so stellen sich wohl viele angehende Studenten ihre künftige Wohnung vor.

In der bayerischen Landeshauptstadt brauchen Studenten nicht nur gute Kontakte, um so eine Wohnung zu ergattern, sondern vor allem viel Geld (Grafik):

**Im ersten Halbjahr 2018 kostete eine Studenten-Musterwohnung in München im Schnitt 634 Euro – mehr als in jeder anderen deutschen Stadt und gut 40 Prozent mehr als im Jahr 2010.**

Hinzu kommen die Kosten für Strom, Rundfunkbeitrag sowie Telefon und Internet. Insgesamt kostet das Wohnen also deutlich mehr, als ein durchschnittlicher Studentenjob einbringt.

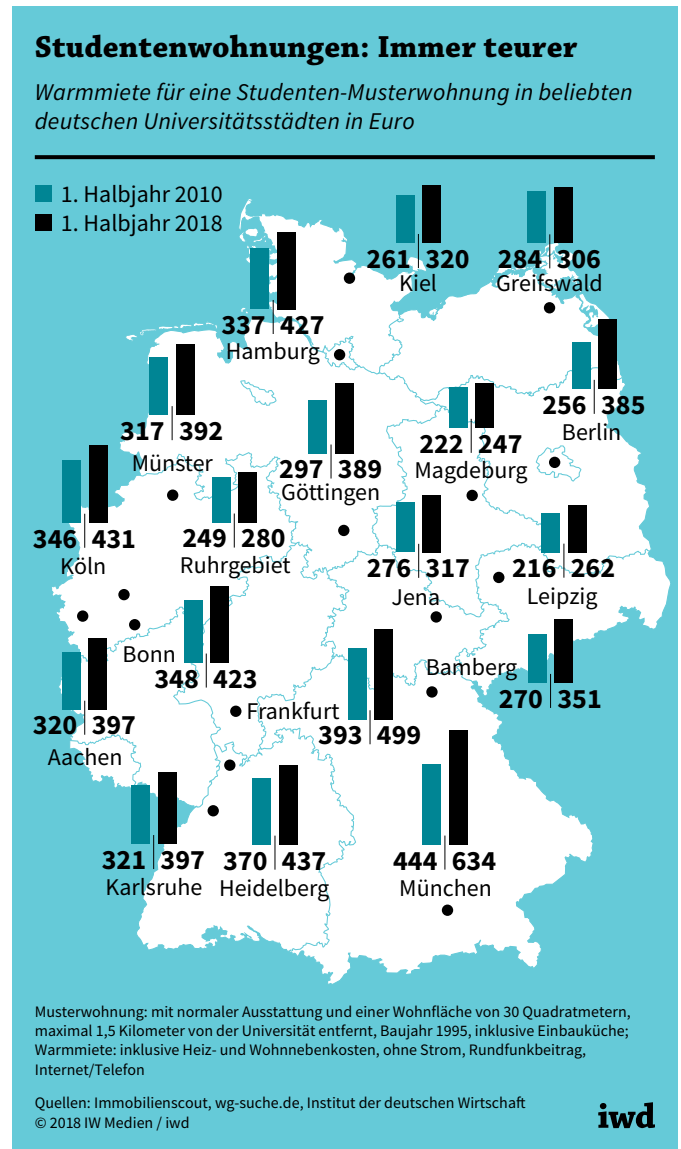
München ist zwar ein Extrembeispiel, aber keine Ausnahme. Wohnen ist in den vergangenen Jahren in allen Universitätsstädten teurer geworden: Die allgemeinen Mieten sind in Berlin seit 2010 um 94 Prozent gestiegen, in Göttingen um 72 Prozent und in Bamberg um 63 Prozent. Lediglich das Ruhrgebiet und Magdeburg verzeichnen mit Preissteigerungen von 13 beziehungsweise 18 Prozent nur moderate Mietanstiege.

Hinzu kommt, dass kleine, studententaugliche Wohnungen sehr begeht sind.

**Im Wintersemester 2017/2018 waren mehr als 2,8 Millionen Studenten an deutschen Universitäten eingeschrieben, 28 Prozent mehr als acht Jahre zuvor.**

In beliebten Universitätsstädten konkurrieren Studenten zudem mit jungen Berufstätigen und Senioren um passende Wohnungen. Für diese Nachfrage sind in vielen Städten zwar Mini-Wohnungen entstanden, aber nicht genug.

Neben München ist auch Berlin ein Extrembeispiel für die studentische Wohnungsnot. Zwar ist das Leben in der Bundeshauptstadt noch längst nicht so teuer wie in München – allerdings steigen die Mieten in keiner



Universitätsstadt so stark. Allein im vergangenen Jahr ist die studentische Musterwohnung im Schnitt 8 Euro teurer geworden. Gleichzeitig hat keine andere Universitätsstadt so viele neue Studenten zu verzeichnen. Für sie hat die Stadt aber kaum neue Wohnungen geschaffen.

Die Mietexplosion gilt jedoch nicht nur für Großstädte. Selbst in Heidelberg, Bonn, Aachen und Karlsruhe kosten typische Studentenwohnungen rund 400 Euro warm im Monat, mit steigender Tendenz.

# Bauen wie die Nachbarn

**Immobilien.** In vielen Ballungszentren herrscht eklatanter Wohnungsmangel, mancherorts gelten die Mieten als kaum noch bezahlbar. Das liegt jedoch nicht nur daran, dass zu wenige Wohnungen gebaut werden, sondern auch daran, dass die Baukosten zu hoch sind. Wie es besser geht, machen die Niederlande vor.

In Deutschlands Städten verschärft sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Um das zu ändern, müsste vor allem mehr und schneller gebaut werden – im Idealfall aber auch günstiger. Denn: Neubauten sind schlichtweg zu teuer, um günstig vermietet zu werden. Die Preise sind in den vergangenen zehn Jahren regelrecht explodiert (Grafik):

**Im Jahr 2017 lagen die durchschnittlichen Baukosten für Miet- und Eigentumswohnungen in Deutschland um 33 Prozent über dem Niveau des Jahres 2007.**

Dies hat zur Folge, dass der Bau einer 100-Quadratmeter-Wohnung heute im Schnitt knapp 50.000 Euro mehr kostet als vor zehn Jahren. Von 1994 bis 2007 dagegen hatte sich das Bauen um gerade einmal 6 Prozent verteuert.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Die allgemeine Preissteigerung und die damit einhergehenden Lohnerhöhungen können den überproportionalen Anstieg der Baukosten für Mietwohnungen nicht erklären. Und die Baulandpreise stecken in diesen Kosten noch gar nicht drin. So viel teurer als in den 2000er Jahren ist der Wohnungsbau heute vor allem wegen der gestiegenen Anforderun-

gen – und zwar sowohl der Mieter und Vermieter als auch des Gesetzgebers: Wärmedämmung, Brand- und Schallschutz, Barrierefreiheit, Aufzüge, Tiefgaragenplätze und Grünflächen um die Gebäude – all das gibt es nicht zum Nulltarif.

Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen haben allein die verschiedenen Stufen der Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz seit dem Jahr 2000 zu einer Steigerung der Baukosten um 19 Prozent geführt.

Die zeitlich eng getakteten gesetzlichen Änderungen verhindern zudem, dass Baufirmen Lerneffekte und Größenvorteile in Kosteneinsparungen ummünzen können.

Wie es besser geht, zeigt Deutschlands westliches Nachbarland:

**In den Niederlanden sind die Kosten im Mietwohnungsbau von 2007 bis 2017 gerade einmal um 6 Prozent gestiegen.**

Das Geheimnis dieses Erfolgs sind sogenannte technologieoffene Bau-normen: Sie geben beispielsweise einen Wert für den Energieverbrauch vor, regeln aber nicht, mit welchen Mitteln er zu erreichen ist.

Aus dem Beispiel Niederlande ergeben sich für Deutschland zwei Ansatzpunkte, die helfen könnten, das Bauen wieder billiger zu machen:

**1.** Die 16 Landesbauordnungen sollten überprüft und nicht mehr benötigte Regelungen gestrichen werden. Idealerweise wird eine Musterbauordnung für ganz Deutschland entwickelt.

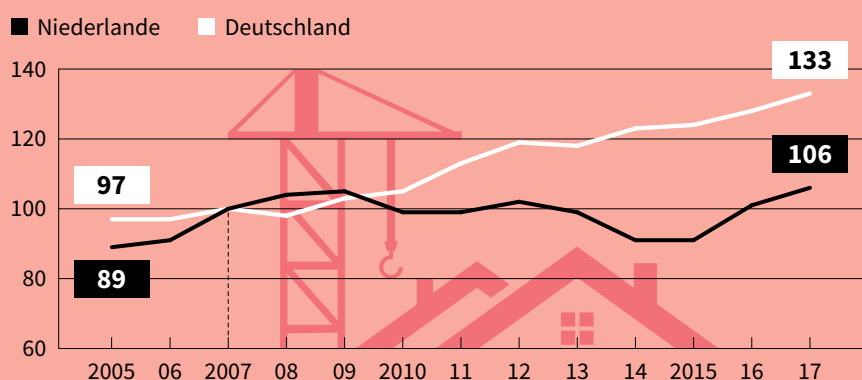
**2.** Wichtig ist dabei auch, dass statt konkreter Vorgaben lediglich Ziele formuliert werden, denn nur so lässt sich das Innovationspotenzial der Bauwirtschaft ausschöpfen.

## IW-Kurzbericht

Pekka Sagner, Michael Voigtländer: Es geht auch günstiger: Vorbild Niederlande  
[iwkoeln.de/baukosten](http://iwkoeln.de/baukosten)

## Baukosten: Zwei ungleiche Nachbarn

Durchschnittliche Baukosten je Mietwohnung, 2007 = 100



Quellen: Centraal Bureau voor de Statistiek, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,  
 Berit Schmiedendorf,  
 Kerstin Schraff,  
 Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Die Weltkonzerne

Menschen müssen essen, heizen, Möbel und Kleidung kaufen sowie mobil sein. Dafür geben sie viel Geld aus, wie ein Blick auf die zehn umsatzstärksten Konzerne der Welt zeigt – allesamt klassische Industrieunternehmen. Doch das Herz der Investoren hängt heute weniger am ganz Konkreten, sondern mehr an Bits und Bytes. Sechs der zehn wertvollsten börsennotierten Unternehmen haben digitale Geschäftsmodelle, die größere Wachstumschancen versprechen als traditionelle Konzerne.

## Groß ist nicht zwangsläufig wertvoll

Die zehn umsatzstärksten und die zehn wertvollsten Unternehmen der Welt in Milliarden Dollar

Umsatz im Geschäftsjahr 2017/18			Börsenwert am 30.6.2018		
1.	Walmart (USA)	500	1.	Apple (USA)	1.103
2.	State Grid (China)	349	2.	Amazon (USA)	930
3.	Sinopec Group (China)	327	3.	Microsoft (USA)	864
4.	China National Petroleum (China)	326	4.	Alphabet (USA)	813
5.	Royal Dutch Shell (Niederlande)	312	5.	Berkshire Hathaway (USA)	538
6.	Toyota (Japan)	265	6.	Facebook (USA)	457
7.	VW (Deutschland)	260	7.	JP Morgan Chase (USA)	386
8.	BP (Großbritannien)	245	8.	Tencent (China)	375
9.	Exxon Mobil (USA)	244	9.	Johnson & Johnson (USA)	372
10.	Berkshire Hathaway (USA)	242	10.	Exxon Mobil (USA)	362

Geschäftsjahr 2017/18: Geschäftsjahre, die am 21.3.2018 oder vorher endeten. Die Umsatzzahlen beinhalten Umsätze von Tochtergesellschaften.

Quellen: Bloomberg, Fortune, Unternehmensangaben  
 © 2018 IW Medien / iwd



## Zahl der Woche



der EU-Bürger im Alter von 25 bis 64 Jahren geben an, keine Fremdsprache zu sprechen. Am höchsten ist der Anteil mit 65 Prozent im Vereinigten Königreich, gefolgt von 64 Prozent in Rumänien und 58 Prozent in Ungarn. In Deutschland sind 21 Prozent, in Schweden dagegen nur gut 3 Prozent auf ihre Muttersprache beschränkt. Einen ähnlich niedrigen Anteil verzeichnen Dänemark, Lettland, Litauen und Luxemburg. Im Großherzogtum können sich sogar über 51 Prozent der 25- bis 64-Jährigen nach eigenen Angaben in drei oder noch mehr Fremdsprachen verständigen – das ist der höchste Wert aller EU-Länder. In der EU insgesamt sind nur gut 8 Prozent der Befragten so polyglott, in Deutschland liegt der Anteil immerhin bei etwas mehr als 10 Prozent.

# Neu auf iwd.de: Der Wohnungsmarkt anschaulich erklärt

Das Wohnen sei die neue soziale Frage, heißt es oft. In einem neuen Videobeitrag auf iwd.de erklärt IW-Immobilienökonom Michael Voigtländer, warum die Mieten in vielen Städten immer weiter steigen und bezahlbarer Wohnraum kaum noch zu finden ist. Und er verrät, an welchen Hebeln die Politik ansetzen sollte, um das Problem zu lösen.

